

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Klee.

II. Jahrgang.

Berlin, Freitag, den 15. Juni 1883.

N^o 65.

Der Schluß der Reichstagsession

ist am 12. d. M. erfolgt. Der Befriedigung über die erzielten Resultate kann es keinen Abbruch bereiten, daß die Organe der fortschrittlichen Session die Früchte dieser langen und mühevollen Arbeit in der öffentlichen Meinung nach Möglichkeit herabzusetzen und der Welt einzureden versuchen, daß nichts Wesentliches erreicht worden sei. Dieses Mal stehen die Thatfachen zu den Phrasen in so ausgesprochenem Gegensatz, daß das deutsche Volk genau weiß, woran es ist und daß Täuschungen über Werth und Bedeutung des Erreichten ausgeschlossen erscheinen.

Erreicht ist zunächst die Herstellung einer festen Grundlage für die große socialpolitische Reform, welche in der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 angekündigt worden war. Diese Grundlage besteht in dem Zustandekommen des Gesetzes über die Krankenversicherung, dem die oppositionellen Parteien mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln Widerstand geleistet haben. Durch Annahme des Grundsatzes des Versicherungszwanges ist den Versuchen, die Arbeiterversicherung zu einer Privatangelegenheit der Betheiligten zu machen, ein für alle Male ein Ende bereitet und in aller Form anerkannt worden, daß die Fürsorge für erkrankte gewerbliche Arbeiter eine Staatsangelegenheit bildet. Von den Konsequenzen dieses Beschlusses werden auch diejenigen nicht mehr loskommen können, die mit den Abgeordneten Bamberger und Richter der Meinung sind, daß der Staat keine anderen socialpolitischen Aufgaben als diejenigen, einer verbesserten und erweiterten Armenpflege zu lösen habe. Diese Auffassung wird bei den bevorstehenden Berathungen über die Unfallversicherung überhaupt nicht mehr in Betracht kommen, sondern auf der gewonnenen festen und soliden Basis beharrlich weiter gebaut werden können.

Erreicht ist ferner, daß der Reichstag sich bei seinem Wiederzusammentritt der Arbeit für die socialpolitische Reform mit ungetheilten Kräften widmen können. Die Klagen über Ueberbürdung und über unerträgliche Hast der Arbeit sind für die Dauer der nächsten Session im Voraus beseitigt, nachdem die Feststellung des Staatshaushalts für das Jahr 1884 zum Abschluß gelangt und freie Bahn für die fernere Thätigkeit der Vertretung des deutschen Volks geschaffen worden ist. Darauf wird um so größeres Gewicht gelegt werden müssen, als die oppositionellen Parteien der Berathung des Budgets für 1884 einen geradezu verzweifelten Widerstand geleistet und durch den auf Plenarberathung der gesammten Vorlage gerichteten Beschluß ihr Möglichstes gethan hatten, um die in der kaiserlichen Botschaft ausgesprochene Absicht der Regierung zu kreuzen.

Weiter ist erreicht worden, daß die Gewerbe-Ordnung eine Gestalt gewonnen hat, wie sie den Wünschen des seßhaften, wahrhaft produktiven Theils des deutschen Gewerbestandes entspricht. Es ist einestheils den Auswüchsen des Wandergewerbes gesteuert, anderentheils darauf hingewirkt worden, daß eine Anzahl wichtiger in das Volksleben tief einschneidender und ein gewisses Maß von öffentlichem Vertrauen erheischender Thätigkeiten nicht mehr von Leuten geübt wird, welche aus dem Mißbrauch des ihnen geschenkten Vertrauens ein Gewerbe machen.

Endlich — und darauf wird das Hauptgewicht zu legen sein — ist durch die That bewiesen worden, daß der Druck der hinter der Regierung stehenden öffentlichen Meinung ungleich stärker gewesen ist, als die Widerstandsfähigkeit der fortschrittlichen Opposition. Man hat sich zur Berathung des Budgets für das Jahr 1884 entschließen müssen, weil man einsah, daß die von der kaiserlichen Botschaft ausgesprochene Forderung, daß für eine gründliche Durchberathung des Unfallversicherungsgesetzes Zeit und Raum geschaffen werde, von der ungeheueren Mehrheit der Nation

getheilt werde und daß eine Ablehnung derselben zum moralischen Bankerott des gesammten Fortschrittlerthums hätte führen können. Der sodann angestellte Versuch zur Verzögerung der zweiten Budgetberathung scheiterte an der nämlichen Rücksicht, an der nämlichen Besorgniß vor einem Verdammungsurtheil des Volkes. Durch den Ausgang der Berathungen über das Budget für 1883 war man zu gründlich darüber belehrt worden, daß mit den gegen die Militärverwaltung gerichteten Angriffen bei den Wählern Nichts auszurichten sei, als daß man die Ausführung desselben widerwärtigen Stückes sofort wieder hätte unternehmen dürfen. Auch die verbissensten Oppositionsmänner mußten sich schließlich darein ergeben, dieses Mal den Kürzeren zu ziehen und dem unvermeidlich Gewordenen zu gehorchen.

Gegenüber Resultaten von so großem politischen und moralischem Gewicht kommen die einzelnen Mißerfolge, die in den Kauf genommen werden mußten, nicht in Betracht. — Die Befriedigung der Regierung über das Erreichte wird von der großen Mehrheit der Nation getheilt werden, denn diese hat der Regierung zur Seite gestanden.

Die kirchenpolitische Vorlage im Abgeordnetenhaus.

Bei Beginn der Verhandlungen über den neuen Gesetzentwurf betr. die Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze ließen sich in die Rednerliste des Abgeordnetenhauses elf Redner gegen und nur zwei für dieselbe eintragen. Geht man den Inhalt der am 11. und 12. Juni d. J. gehaltenen Reden durch, so ergibt sich indessen, daß die Mehrzahl der vermeintlichen Gegner der Vorlage, das Zustandekommen derselben ebenso lebhaft wünscht, wie das seitens der Anhänger der Fall ist und daß die gegen die Regierungsvorschläge erhobenen Bedenken mindestens zum großen Theil auf tactische Rücksichten zurückzuführen sind. Der Natur der Sache nach mußte den Führern der Centrumspartei daran gelegen sein, Werth und Bedeutung der der katholischen Kirche in Aussicht gestellten Zugeständnisse möglichst herabzudrücken — vollständig hat von den an das Wort gelangten Rednern dieser Partei indessen keiner die Befriedigung verläugnen können, welche er über das bereitwillige Entgegenkommen der Regierung empfand. Man hat von Seiten der Centrumspartei darüber geklagt, daß der gegenwärtig gemachte Vorschlag die mit Rom angeknüpften Verhandlungen unterbreche — daß für eine künftige organische Revision der Maigesetze alle Bürgschaften fehlten, daß der Artikel 4 der Vorlage inhaltlich unannehmbar sei — und man hat sich dennoch zu näherer Prüfung des Gesetzentwurfs vom 4. Juni gern bereit erklärt und ohne Weiteres für den Antrag auf Ueberweisung desselben an eine Commission gestimmt.

Eine andere Bewandniß hatte es mit den Einwendungen, die von liberaler und zwar von gemäßigter liberaler Seite gegen den Gesetzentwurf vom 5. Juni erhoben wurden. Unbelehrt durch die im Laufe des letzten Jahrzehnts gemachten practischen Erfahrungen glaubt die Mehrheit der Nationalliberalen an dem vor zehn Jahren eingenommenen Standpunkte festhalten und jede Abweichung von der Gesetzgebung, an welcher ihre Freunde so erheblichen Antheil genommen, als „Preisgebung von Standesrechten“ bezeichnen zu müssen. Von irgend welchem Eindruck hat das nicht sein können: der bedeutendste und anerkannteste Führer der Nationalliberalen, Herr von Bennigsen hatte sich zur Niederlegung seines Mandats entschlossen, weil er den Standpunkt seiner Freunde vorliegenden Falls nicht theilte, sondern den von der Regierung gethanenen Schritt billigte.

Das bemerkenswertheste Moment der Verhandlung bildete die am 11. d. M. gehaltene Rede des Herrn Cultusministers.